



PRESSEMITTEILUNG

BIG Partei verurteilt Verbot der Freiheits-Demo für Palästina in Frankfurt

Frankfurt am Main, 27. August 2025

Die BIG Partei verurteilt die undemokratische Haltung des Frankfurter Magistrats unter Führung von Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) und Ordnungsdezernentin Annette Rinn (FDP) aufs Schärfste. Mit der Entscheidung, die für kommenden Samstag geplante Freiheits-Demo für Palästina zu verbieten, wird das in Artikel 8 Grundgesetz garantierte Grundrecht auf Versammlungsfreiheit erneut mit Füßen getreten. Dieses Verhalten ist feige, beschämend und für eine demokratische Gesellschaft unerträglich.

„Als Bundesvorsitzender der BIG Partei und Mitglied der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung verurteile ich dieses Verbot entschieden. Es steht exemplarisch für eine Politik, die legitimen Protest delegitimieren will, statt Grundrechte zu schützen“, erklärt Haluk Yildiz.

Als BIG Partei stehen wir solidarisch an der Seite der Initiative United4Gaza, deren Eilantrag gegen das Verbot vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt nach unserer Einschätzung sehr gute Erfolgsaussichten hat.

Die von Ordnungsdezernentin Annette Rinn (FDP) angeführte „Sicherheitslage“ ist nicht hinreichend belegt. Erforderlich ist eine transparente, auf überprüfbaren Tatsachen beruhende Begründung. Zahlreiche Pro-Palästina-Versammlungen in Frankfurt wurden bislang friedlich durchgeführt; konkrete, gegenwärtige Gefahrenmomente, die ein Verbot rechtfertigen, wurden nicht benannt. Vor diesem Hintergrund ist ein Eingriff in die Versammlungsfreiheit nichts anderes als politische Propaganda und der Versuch, legitimen Protest zu unterdrücken.

Besonders beschämend ist, dass ausgerechnet Oberbürgermeister Mike Josef, selbst syrischstämmig und als Flüchtlingskind nach Deutschland gekommen, nun gegen eine Freiheitsdemo auftritt. Damit zeigt er, wem er tatsächlich dient – sicher nicht den Freiheitsrechten der hier lebenden Menschen.

Der hessische Innenminister Roman Poseck (CDU) erklärte: „Wir müssen alles dafür tun, jüdisches Leben wirkungsvoll zu schützen.“ Das gilt selbstverständlich uneingeschränkt. Aber: Was hat eine friedliche Demonstration für die Rechte und Freiheit der Palästinenser mit einer Gefährdung jüdischen Lebens zu tun? Hier werden absichtlich falsche Zusammenhänge konstruiert, um Menschen, die ihre Stimme für Gerechtigkeit erheben, mundtot zu machen.

Es ist heuchlerisch und spalterisch, wenn ausgerechnet Politiker, die Waffenexporte an Israel mittragen, den Menschen in Gaza ihr Recht auf Solidarität absprechen. Weltweit – auch in Israel selbst – demonstrieren tausende jüdische Menschen seit Monaten gegen den Genozid in Gaza. Doch diese Stimmen werden von der Frankfurter Stadtregierung ignoriert.

Wir sagen klar: Diese Politiker sollten sich schämen und ihren Platz frei machen für ehrliche, menschliche Politikerinnen und Politiker mit Gewissen und Anstand.

Die BIG Partei steht fest an der Seite der Demonstrantinnen und Demonstranten und an der Seite der Menschen in Gaza. Unsere Solidarität gilt allen, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte auf die Straße gehen – friedlich und entschlossen.

Kontakt für Rückfragen: Pressestelle der BIG Partei | Telefon: (0 69) 15 32 28 49 |
E-Mail: presse@bigpartei.de | Web: www.bigpartei.de